

„Wer nicht ausbildet, wird umgelegt!“. Mit diesem grobschlächtigen Slogan begannen die Jungsozialisten in der SPD und die Gewerkschaftsjugend Ende der 90er Jahre eine Debatte über die Umlage. Alles drehte sich um Zahlen. Wieder und wieder handelten Regierende und die häufig wechselnden Bildungsminister der Wirtschaft Versprechen über mehr Ausbildungsplätze ab, die weder im Westen, geschweige denn im Osten der Republik, jemals eingelöst wurden. Bei der Abgabe-Diskussion ging es um den symbolischen Akt, sich von den gut verdienenden Unternehmen und den Global Players, für die gesellschaftliche Verantwortung ein Fremdwort ist, Geld zu holen.

VON UWE WEHMHÖRNER

Auf diesem Hintergrund muss die derzeitige Diskussion über die Ausbildungsabgabe verstanden werden. Die Regierung, allen voran, Müntefering, forcierten die Diskussion über die Gesetzesinitiative zur Ausbildungsplatzabgabe. Mit einem bis dahin kaum gekannten Elan wurde der Gesetzesvorschlag in die Mehrheitsfraktion gebracht. Sieben Prozent Ausbildungsquote! So lautete die Parole.

Die Frage muss aber gestellt werden: „Ist dies der richtige Weg? Führen die sieben Prozent zu mehr Ausbildungsplätzen?“ Die im SPD-Entwurf umständlich „Berufsausbildungssicherungsabgabe“ genannt, führt nur dann zum Erfolg, wenn die Prämisse stimmt: Die Unternehmen könnten ausbilden, wenn sie nur wollten.

Ohne Ausbildungsumlage schritt in den letzten fünf Jahren mit einer Fülle von Einzelmaßnahmen die „heimliche“ Verstaatlichung der Berufsausbildung fort.

Dies gilt nicht nur für die Auffangmaßnahmen des Bundes. Auch in den Ländern hat sich die Sachverantwortung verschoben. Der Weg in den Beruf ist nicht mehr zweigleisig: Lehre oder Studium. Das galt noch 1970, doch damals gab es 300 000 Studenten, heute sind es über 2 Millionen. Von 1970 bis 2000 sind die offiziell registrierten Auszubildenden mehr oder weniger bei rund 1,5 Millionen geblieben. Seither kippen aber die Zahlen. Die Grafik spricht eine deutliche Sprache (Berechnungen des Sekretariats der Kultusministerkonferenz, Referat Berufliche Bildung). Die Zahlen für die Auszubildenden, die für das erste Ausbildungsjahr Verträge abgeschlossen haben, sind von 2000 auf 2003 um fast 100 000 gefallen.

Dies hat aber zwei Gründe. Zum einen sind es die fehlenden Ausbildungsplätze, zum anderen gelten die vielfältigen Angebote der Bildungs- und Ausbildungslandschaft als „modern“ in den Augen der Jugendlichen. Wer es sich von den Noten her leisten kann, wagt den Sprung in weiterführende, berufsqualifizierende Schulformen, nicht in die Lehre. In

Vollschulische Ausbildungsangebote dominieren

## Die heimliche Verstaatlichung der Berufsausbildung

In den neuen Bundesländern werden zurzeit mehr als 80 Prozent der Ausbildungsplätze voll durch Steuergelder finanziert. Selbst bei den Abiturienten ist eine Ausbildung nur noch zweite Wahl. Während 1998 noch rund 102 000 einen Lehrvertrag abgeschlossen haben, waren es vier Jahre später nur noch 79 000.

Die Grafik zeigt die Größenverhältnisse auf, was sich gesellschaftlich verschoben hat: Die vollschulischen Ausbildungsangebote dominieren die berufsbildende Schullandschaft.

Und was macht die Wirtschaft, die Unternehmen und ihre Verbände? Sie bieten einen Ausbildungspakt an. Nun schwenkt die Regierung um. Eine verbindliche Vereinbarung mit den Spitzenverbänden aus Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Kommunen – „Ausbildungspakt 2004“ – zur Förderung und Sicherung der beruflichen Ausbildung wird angestrebt.

Hilft denn nun der Ausbildungspakt den ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen? Wohl kaum. Denn wenn die Wirtschaft in den letzten Jahren nicht ausgebildet hat, warum sollte sich dies nun ändern? Hat sich denn etwas verändert? Werden die Bedingungen durch einen Ausbildungspakt für die Schaffung von Ausbildungsplätzen besser?

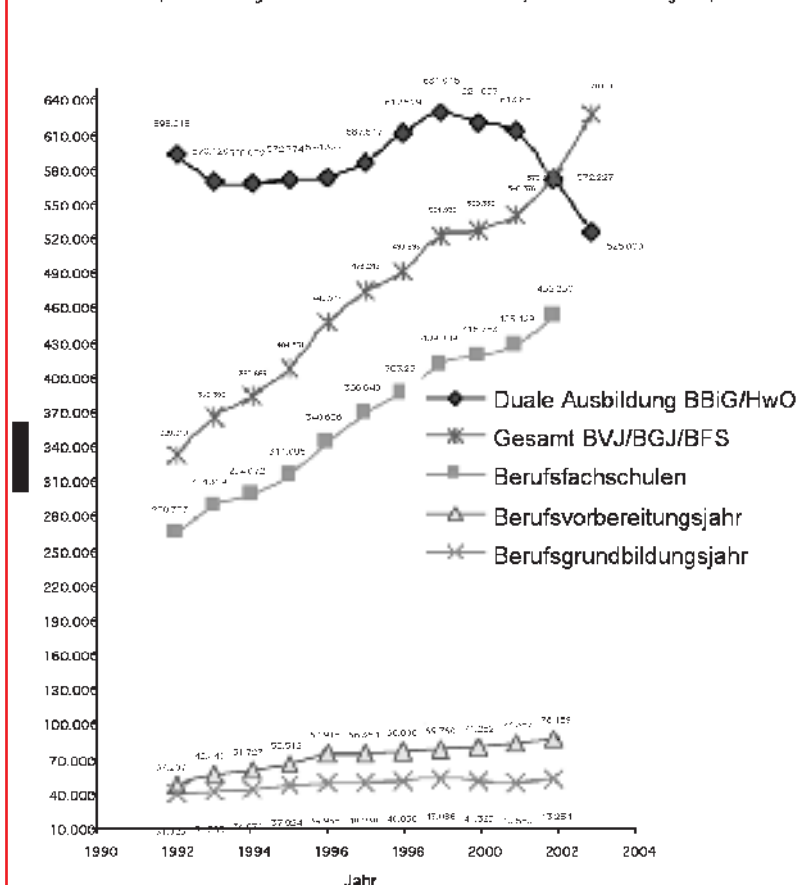
Mit Selbstbewunderungsfloreskeln wie: „Wir haben das beste Ausbildungssystem in Europa“ oder „das duale System hat sich bewährt und muss erhalten bleiben“, verstellen wir den Blick für die grundlegenden Veränderungen der Arbeitsmarktstruktur. Die Probleme auf dem Ausbildungsplatzsektor sind struktureller Natur. Gerade im Osten wird deutlich, dass unsere Ausbildungsstruktur veraltet ist. Sie ist noch auf die Industriegesellschaft hin ausgerichtet, die indes mehr und mehr von einer Dienstleistungsgesellschaft abgelöst wird. In

dieser existieren immer weniger Ausbildungsberufe.

Darum lassen die Zahlen nur den Schluss zu: Die Wirtschaft ist nicht mehr in der Lage, ihrem selbst gesetztem Ausbildungsmonopol nachzukommen. Vor diesem Eingeständnis drücken sich die Unternehmer jedoch. Sie sind nicht bereit, offen zu sagen, dass sie das, was sie gerne leisten würden, gar nicht können.

Lösungen sind angesagt! Es hat keinen Sinn, durch gegenseitige Schuldzuweisungen notwendige Veränderungsprozesse zu verhindern. Wir brauchen ein Mix aus betrieblichen und schulischen Anteilen bei deutlich größerer Flexibilität und Durchlässigkeit. Wir brauchen ein sehr gut ausgebautes alternatives schulisch-betriebliches Qualifizierungsangebot mit der Folge von Doppel- und Mehrfachqualifikationen. Auch die Zeitmuster müssen elastischer sein. Warum müssen alle Auszubildenden drei oder dreieinhalb Jahre lernen? Wir benötigen einen breiten ausgebauten Bereich berufsqualifizierender Vollzeitschulen mit längeren Phasen für Praktika. Wir brauchen die Anerkennung des Lehrabschlusses für vollzeitschulischen Ausbildungen. Erste Ansätze finden sich in der Novellierung des neu-

Auszubildende nach BBiG/HwO, 1. Ausbildungsjahr, Schüler im BVJ, BGJ und in BFS 1992 - 2002  
(Geschätzte Angaben für 2003 - berufliche Schulen + 10%, betriebliche Ausbildung - 8%)

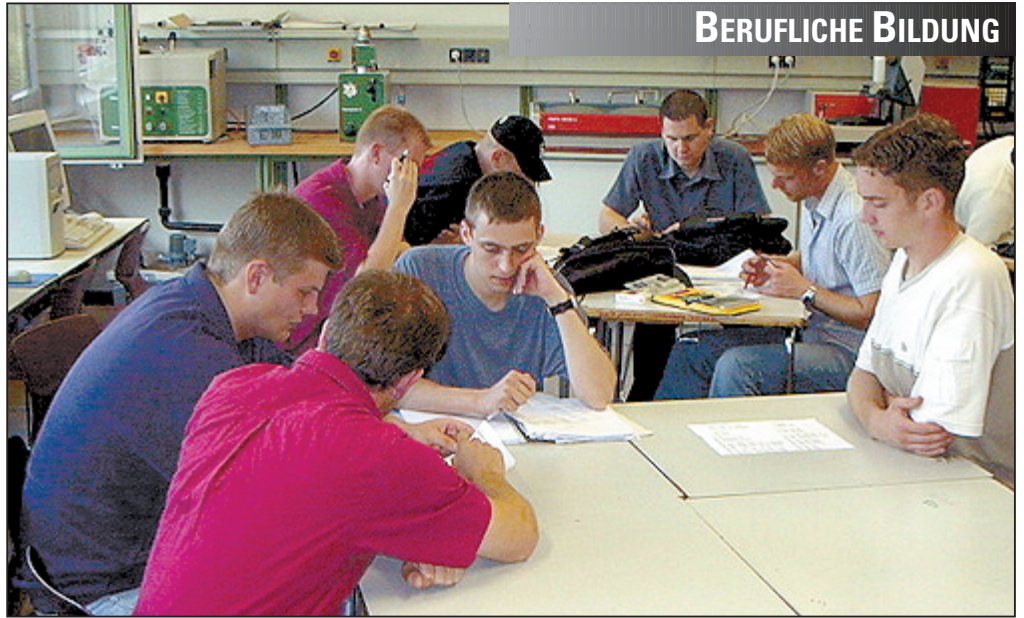


**Die Ausbildungsstruktur in Deutschland ist veraltet.** Sie ist noch auf die Industriegesellschaft ausgerichtet. In der Dienstleistungsgesellschaft existieren immer weniger Ausbildungsberufe.

en Berufsbildungsgesetzes. Lernortverbände (ein Auszubildender lernt nicht bei einem Betrieb, sondern durchläuft mehrere Ausbildungsstätten einschließlich schulischer Ausbildung) und Lernortkooperationen (konkrete Absprachen zwischen dem Betrieb und der Berufsschule über die Vermittlung von praktischen und theoretischen Ausbildungsinhalten) müssen gefördert und umgesetzt werden.

Aber nicht genug der Diskussion. Einen „Volltreffer“ in der öffentlichen Diskussion konnte dann doch noch die Wirtschaft landen: Die ausbildungsunfähigen Jugendlichen! Die, die „nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können, kann man nicht ausbilden“, so Arbeitgeberpräsident Hundt. Und alle bliesen in das gleiche Horn: Die Presse berichtete seitenlang über die Beschwerden der Wirtschaft. Statistiken wurden herangezogen, Ausbilder zitiert und Unternehmergespräche verbreitet. „Dem Kanzler würde ich gerne einmal vier Wochen einen Auszubildenden ans Bein binden.“ (Die Welt vom 21. April 2004 – zitiert wird ein Personalleiter eines mittelständischen Kunststoffverarbeiters mit 200 Mitarbeitern)

Und? Haben nicht auch wir Lehrerinnen und Lehrer die gleichen Klagen? Machen wir nicht die gleichen „Sprüche“ zu den gleichen „Erfahrungen“? Wissen wir denn nicht, dass zehn Prozent eines Jahrganges die Schule ohne einen Abschluss verlässt?



Blicken wir mal wieder auf die Grafik. Von 1992 bis 2002 hat sich die Zahl der BVJ-Schüler verdoppelt! Das sind aber „die“, die als ausbildungsunfähig hingestellt werden. Die, die nichts können, nichts wollen, nicht motiviert sind, ohne angemessenes Arbeits- und Sozialverhalten.

Ist das ein Grund, diese Jugendlichen im Abseits stehen zu lassen? Ist es nicht doch eine Schande und ein Armutszeugnis für unsere Bildungspolitik, das unser Schulsystem es bis heute nicht geschafft hat, lange versprochene Fördermaßnahmen für diese Jugendlichen umzusetzen?

Auch hier sind Lösungen gefragt. Diese Jugendlichen brauchen nicht weniger (oder gar keine Ausbildung), sondern mehr. Die-

sen Jugendlichen muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Wir müssen uns verstärkt um diese Jugendlichen kümmern. Die Ausbilder der Betriebe müssen geschult und durch Weiterbildung gezielt auf diese Jugendlichen vorbereitet werden. Die Schulen sind aufgefordert in enger Kooperation mit den Betrieben gezielte Fördermaßnahmen zu entwickeln.

Die GEW hat sich schon immer um die Förderung von Benachteiligten verschrieben. Deshalb fordere ich alle Kolleginnen und Kollegen auf, nicht nachzulassen durch ihre pädagogische Arbeit, die schwierige Arbeit mit benachteiligten und schwervermittelbaren Jugendlichen zu intensivieren.

## Neue Leitung für das Referat Berufliche Bildung und Weiterbildung Team leitet künftig das Referat BBS

**F**ritz Hobel, Ulla Holterhus und Andreas Streubel wurden vom Landesvorstand der GEW als Leitungsteam des Referats Berufliche Bildung und Weiterbildung kooperiert. Sie waren bisher in der Fachgruppe Berufliche Schulen aktiv. Als Mitglieder der Bezirkspersonalräte Hannover und Lüneburg haben sie große Erfahrung auch in der Kooperation mit den Schulpersonalräten und den

Schulleiterinnen und Schulleitern. Die Fachgruppe hat die Kandidatur einmütig unterstützt. Das Team erklärte die Absicht, sich stärker der vielfältigen Themen und Aufgaben anzunehmen, die neben der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Projekts Regionale Kompetenzzentren (ProReKo) die Realität der Berufsbildung prägen. Einige Kolleginnen und Kollegen, die unter Günther M.

Hucker im Referat waren, werden weiter mitmachen. Das Leitungsteam

**Vom GEW-Landesvorstand als Leitungsteam des Referates Berufsbildende Schulen (BBS) gewählt:**

Andreas Streubel, Ulla Holterhus und Fritz Hobel (v.l.s.). Andreas Streubel vertritt das Referat im Geschäftsführenden Vorstand.

möchte darüber hinaus einen größeren Kreis von Mitgliedern der Beruflichen Schulen und der Weiterbildungseinrichtungen für die Zusammenarbeit gewinnen.

Günther M. Hucker, der von der Landesdelegierten Konferenz in Celle gewählte Leiter des Referats, hatte das Amt niedergelegt. Zusammen mit Eberhard Brandt hatte er im Frühjahr ein Papier zur neuen Bewertung des Modellversuchs ProReKo verfasst, das die veränderten politischen Zielstellungen und Rahmenbedingungen aufnahm. Diesen Text hatte der GEW-Landesvorstand einstimmig beschlossen. Die von Günther Hucker vorgeschlagene Liste der Referatsmitglieder fand jedoch nicht die erforderliche Zustimmung durch den Landesvorstand. Einige ehemalige Mitglieder des Referats mochten diese Beschlusslage nicht akzeptieren und erklärten, unter diesen Vorgaben nicht zur Verfügung zu stehen. Günther Hucker hielt es unter diesen Umständen nicht für möglich, die Leitung des Referats weiter zu führen.

Günther M. Hucker bleibt Mitglied des Schulhauptpersonalrats und Spezialist für das Projekt Regionale Kompetenzzentren. Offiziell wird der Landesverband ihn auf der Außerordentlichen Landesdelegiertenkonferenz im Oktober verabschieden und ihm für seine Arbeit danken.

